

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei  
einmaliger Zahlung 2,75 M., durch  
den Post 3,25 M., nach Aufstellung  
geschl. Belegungen werden von allen  
Bezugspreisen angemessen.  
Im amtlichen Zeitungs-Bezugsbuch  
unter Nr. 6578 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:  
Max Scharre in Halle.  
Erscheinens am 10<sup>ten</sup>, bis 12<sup>ten</sup>, Uhr.  
[Erscheinens: Redaktion Nr. 2332 - Erscheint Nr. 173.]

# Staats-Zeitung.

Hinftunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise oder deren  
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit  
20 Pfg. berechnet und in der Expedition,  
nach in fernem Anzeigebüchern und allen  
Winnenden Expeditionen angemessen.  
Wekamen die Seite 75 Pf.  
Erhalten wöchentlich fünfmal;  
Sonntags und Montags einmal,  
sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel  
ist nicht gestattet.)

Nr. 210.

Halle a. d. Saale, Montag, den 6. Mai

1901.

### Die neuen Männer.

Die Rekonstruktion des preussischen Staatsministeriums ist, wie wir im Laufe des heutigen Vormittags durch ein Telegramm mitteilen, bereits erfolgt. In einer Sonder-Mittheilung bringt der „Reichsanzeiger“ die Veränderungen zur Kenntniss und es zeigt sich, dass hinsichtlich der Besetzung des wichtigsten Postens im Staatsministerium, die öffentliche Förderung diesmal vollständig im Dünkel getappt ist.

In das Ministerialamt des Innern sind wiederum zwei der zeitweiligen Minister des Innern, Herr v. Rheinbaben, Herr v. Miquel kein fernwärtiger gewesen. Das Entlassungsgesuch ist erst infolge eines Besuchs des Reichstages in Karlsruhe zurückgezogen, des Chefs der Reichsanzeiger, eingereicht worden. Herr v. Miquel schlug immerhin sein Heim wieder in Frankfurt auf, und zwar, wie er in seiner Wiederkehr selbst einmal gesagt hat, deswegen, weil er als Ehrenbürger von Frankfurt dort seine Steuern zu zahlen braucht. Er kam infolgedessen mit einer gewissen Bezeichnung aus dem Finanzministerium scheidend, weil er sicher ist, dass kein Nachfolger für v. Rheinbaben die Finanzpolitik durchzuführen im Miquel'schen Geiste fortführen wird. Herr v. Rheinbaben war längere Zeit vortragender Rath im Finanzministerium und ein besonderer Glanzpunkt Miquel's, denn er auch die rasche Karriere bis zum Minister zu danken hat. Man sagt, Herr v. Rheinbaben habe sich nur schwer entschlossen, das Finanzministerium zu übernehmen, und habe zunächst abgesehen, erst als festgestellt, dass er doch nicht in Minister zu sein. In diesem Sinne wird, hat er denn Ministerialamt zugestimmt. Die alten Geheimnisse im Finanzministerium dürften den jungen Chef, der noch vor einigen Jahren ihr Kollege war, mit einigermaßen gemischten Empfindungen begrüssen.

Die Leitung des Ministeriums des Innern wird, und das ist das Ueberrassende an der Verpfändung des „Reichsanzeiger“, nicht etwa einer der bisher genannten Oberpräsidenten übergeben, sondern das Portefeuille ist einem Manne zugesprochen, dessen Name bisher überhaupt noch mit keinem Silbe genannt wurde. Der Bezirkspräsident von Westfalen, Herr v. Hammerstein, ist dazu berufen worden, die Nachfolge des bisherigen Ministers des Innern anzutreten, und ihm kommt ein Mann in das preussische Staatsministerium, dem man zwar nachsichtig, doch ein tüchtiger Verwaltungsbeamter ist, der aber in politischer Hinsicht denselben haben weiterzupreisen dürfte, den sein Vorgänger begannen. Der neue Polizeiminister steht auf streng konservativem Boden und seine Ernennung bedeutet, dass die Richtung die alle bisherige war, offensichtlich lernt er nicht-berufswegiger an den Fesseln, die sein Vorgänger begeben und mit denen letzterer sich überaus geschickt in den weissen Kreisen unterstellt gemacht hat, aber man darf sich in dieser Beziehung nicht allzu großen Erwartungen hingeben, denn auch bei Reichsständen kam schon einmal die Reaktion zu uns, in der Person des Herrn v. Koller, der die diktatorische Verwaltung von Elbstädte-Verordnungen auf Preußen übertragen zu müssen glaubte, damit aber schneller als amtschiffstafel, als er sich gewacht haben mag.

An die Spitze des Landwirtschaftsministeriums tritt nunmehr der bisherige Staatssekretär von Pöbbeckel. Seine politische Richtung ist hinreichend bekannt; als Reichslandtagsabgeordneter war er streng konservativ und agrarisch und er gehört ohne Zweifel an jenen noch dem Umde der Landwirtschaft. Er betreibt selbst — und zwar mit gutem Erfolg — Landwirtschaft auf seinem Rittergute in der Westpreußen. Sein Scheitern aus der Postverwaltung wird schwerlich in weiteren Kreisen bedauert werden. Herr v. Pöbbeckel war als Leiter der Reichspost sehr reformwillig, aber nur wenige der von ihm getroffenen Veränderungen haben sich bewährt. In den größeren Städten funktionierte gegenwärtig der Postdienst viel schlechter als früher, weil nach der Vergrößerung der Privatpostanstalten die Reichspost vielfach nicht ausreichte, die den entsprechend vermehrten Verkehr zu bewältigen. Als Minister hat Herr v. Pöbbeckel dieselbe Eigenschaft wie sein Vorgänger v. Hammerstein: er handelt manches bewand, was er aus dem Staatsprogramm nachher wieder entfernen muß. In der Leitung der Reichspostverwaltung wird er durch seine bisherigen ersten Direktor, Geh. Oberpostsekretär Kraetke, ersetzt, mit dem ein Fachmann an die Spitze des Postwesens kommt, von dem man, ist er auch unter kaiserlichen Regime emporgestiegen, hoffen darf, dass er manches gut machen wird, was Pöbbeckel, wenn auch in dem schlichten Betreiben, besser zu schaffen, verdrang.

Während die bisher genannten neuen Männer alle der konservativen Richtung angehören, ist zum Handelsminister ein Nationalliberaler ernannt worden. Kommerzienrath Müller's Dornum übernimmt das Ressort des Herrn Bredel. Er gehört als Mitglied der nationalliberalen Partei dem Reichstag und dem preussischen Landtag an. Herr Müller kam als ein entschiedener Kanalfreund angesehen werden, zugleich aber auch als ein ausgesprochener Schutzgötte, der aus wiederholt für die Erhöhung der Zölle auf Lebensmittel eingetreten ist. Allerdings geht er nicht so weit wie der Bund der Landwirtschaft, und er ist ein Anhänger der Handelsvertragspolitik. Jeder jedenfalls kann seine Ernennung keinesfalls als eine Annäherung an den rechten Mittel der Nationalliberalen, und selbst wenn er sich nicht noch weiter nach rechts hinwenden sollte, wie der frühere nationalliberale Führer Miquel das als Minister gethan hat, so wird er doch die konservative Richtung des Gesamtministeriums hinsichtlich beinahe vollständig können.

Schließlich dürfte im Ministerium noch infolgedessen eine Veränderung eintreten, als Graf Pobasowitsch, der zugleich preussischer

Staatsminister ist, an Stelle des Herrn v. Miquel Vizepräsident des Staatsministeriums wird, im übrigen aber die Leitung des Reichsamts des Innern beibehält. Alles in allem trägt das neue Ministerium einen durchaus konservativen Charakter; nur fehlt der Schutzgötte Miquel, und das ist immerhin ein Gewinn für den Liberalismus.

### Deutsches Reich.

#### Hof- und Personalnachrichten.

\* Der Kaiser beglückwünscht am Freitag persönlich den Reichsgraf von Alvensleben in dessen Ankunftsstadt zum Geburtsfest und ließ ihm ein solches Jubiläumsgeld überreichen. Auch von der Kaiserin trafen Glückwünsche ein. Zahlreiche Glückwünsche, hohe Würdenträger, Beamtenleiter und Diplomaten gratulierten. Auch gingen dem Reichsgraf aus Seiten des Reiches und des Auslandes zahlreiche Glückwünsche von Privat und Vereinen zu.

\* Der Kaiser, der sich den Sonntag über in Gölitz aufhielt, erzielte dort gestern vormittag Regierungsgeschäfte, wohnte darauf dem Gottesdienste in der Stadtkirche bei und fuhr sodann zum Frühstück in die Döbmitz. Auch nahm er an der Tafel, die zur Feier der hiesigen Hochzeit des großfürstlichen Pairs Herzog Friedrich von Preußen, Großherzog von Baden, mit dem Kaiser, der Kaiserin und dem Kaiserlichen Hofe stattfand. Der Kaiser dankte für die vielen Beweise von Liebe und Anhänglichkeit, die ihm zu Theil geworden, und schloß mit einem Hoch auf den Kaiser. Nach der Tafel nahm das großfürstliche Paar von allen Hofgesellschaften den herzlichsten Abschied entgegen, der glanzvoll verlief. Der Kaiser reiste gegen 11 Uhr abends nach Berlin, die Verabschiedung von der großfürstlichen Familie von Gölitz ab.

\* Der Kronprinz, traf gestern nachmittags 5 Uhr in Baden-Baden ein und wurde am dem Wohnhofe von der Kaiserin begrüßt.

\* Der König von Württemberg hat den Reichsminister des württembergischen Staatsministeriums und Justizminister Dr. von Brelling zum Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt.

\* Der Chef des Civilcabinetts des Kaisers v. Lucanus, wird nun auch seinen Vizepräsidenten, so berichtet der Berliner „Welt-Zeitung“ in der „Münchener Allg. Ztg.“. Bis jetzt hat der Kaiser seinen Vizepräsidenten, der Vizepräsident v. L. ist nunmehr Herr v. Lucanus selbst, der seit der Thronbesteigung des Kaisers in seiner jetzigen Stellung verbleiben dürfte und so manchen Ministerförmigen überdauern, so liegt die Frage, was seinen Tagessatz sei, nicht.

#### Der neue Handelsminister.

Der Reichslandtagsabgeordn. Kommerzienrath Theodor Müller wird an Stelle des Herrn Bredel das Handelsministerium übernehmen. Unter diesen Umständen ist eine Rede sehr interessant, die Herr Müller am 20. April im Reichstag in der Form eines Reichstagsberichts über seine parlamentarische Thätigkeit gehalten hat. Bezüglich der Politik rief er darin, daß ein neuer Zolltarif als Grundlage der neuen Vertragsbedingungen deshalb unbedingt erforderlich sei, weil der gegenwärtige, aus dem Jahre 1818 stammende Zolltarif für die heutigen Verhältnisse nicht mehr passe. Der neue Entwurf des Zolltarifs enthält 1300 Nummern gegen einige Hundert des jetzigen. Bezüglich der Frage der Einführung eines Doppelzolltarifs (Wohnzoll- und Minimal-Tarifs), wie er von gewisser Seite verlangt wurde, erklärte Herr Müller die Vor- und Nachteile desselben, wie ich schon früher berichtet habe, und er erklärte, daß dieser Tarif folgenden drei Punkten der Regierung anstünde und diese in ihrer Bewegungsfreiheit hemme. Einen Doppelzolltarif, wie ihn die Agrarier fordern, halte er deshalb für unzulässig. In gewisser Hinsicht ist er aber auch für Einführung eines Minimaltarifs für bestimmte Ojekte, zum Beispiel Holzgüter, Vieh und Fleisch, nicht weil er dieses System für das richtige halte, sondern weil er das Zustandekommen eines Tarifs für ausgeschlossen erachte, wenn den Agrarier nicht eine gewisse Gewähr geleistet werde. An langfristigen Handelsverträgen sei unbedingt festzuhalten, dies sei für uns geradezu eine Lebensfrage. Dann berechnet er den Reichs, welchen unser Export für die Erhöhung unserer Produktion habe und rechnet aus, daß 10 bis 12 Millionen Arbeiter vom Export leben und daß die Lohnverhöhungen der Bergarbeiter von 670 M. in den 70er Jahren bis zu 1300 M. im Jahre 1900 und diejenigen der Werkstättenarbeiter im Eisenbahnbau in den letzten 10 Jahren von 869 auf 1288 M. gestiegen seien. Alles in allem fällt er aber, ohne gewisse Zugeständnisse an die Agrarier sei kein Zolltarif und damit kein Handelsvertrag möglich; indessen er behäufte der Möglichkeit hätte und hätte. „Es jemand Forderungen von 7, bis 8 1/2 M. das Wort eben, ist unüberwindlich, und man erwarte dadurch Hoffnungen, die nicht erfüllt werden könnten.“

Es ergeht sich hieraus, daß Herr Müller den Doppelzolltarif entschieden abgelehnt hat und daß ihm die Forderungen der Agrarier in zu Zugeständnissen in dieser Richtung bewegt. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß diese Rede gehalten wurde am 20. April d. J., als das Agrarierum sich für sie gegen die Regierung und die meisten Liberalen Angriffe gegen alle Landesparlamenten richtete. Die Ergebnisse der letzten Tage dürften den Schluss erlauben, daß die Siegesgewissheit der Agrarier zunächst noch eine berechtigte war, und daß die Verzagtheit vor den Agrarier kein bestimmendes Motiv mehr für einen preussischen Staatsmann zu sein braucht. Wie sich auch Herr Müller entwickelt, seine Verzagtheit in diesem Augenblicke bedeutet ein Zeugnis für Handelsverträge, einen Protest gegen den Gedanken an Zolltarif. Herr Müller ist alles eher als Freiländer; er hat sogar als schwerer Gegner bezeichnet, daß in der Reichsregierung die Agrarier aufgehoben wurden. Er ist aber zugleich ein Mann der Besonnenheit, die den Reichstag seiner Handelsverträge unmisslich machen, und deswegen bedeutet seine

Verzögerung eine Art wirtschaftliches Programm des Reichsfinanziers und Ministerpräsidenten.

#### Eine Stimme aus Süddeutschland.

Wie sehr die ungewissheit nicht nur in agrarisch-konservativen, sondern auch in gewissen Regierungskreisen herrschende Meinung, die man anfragen nach dem Zolltarif zu veranlassen, den Bundesrat, zumal den liberalen, Verzug zu erzeugen gerechnet ist, geht neuerdings wieder deutlich aus einer Abrechnung hervor, welcher die „Münchener Allg. Ztg.“ Raum gibt und die nach dem Blatte von „bedenkenswerther Seite“ stammt.

„Man wachsenden Missbefügen“, heißt es da, „berfolgt man in Süddeutschland das Emporkommen der konservativ-agrarischen Tendenzen in der Kanalfrage, welche die preussische Regierung aufnehmend seinen entwilligen Widerspruch entgegenzusetzen hat. An sich dürfte es sich in zeitlich gleichgültig sein, wie in Preußen die man archaische Partei mit den Ministern ihres Königs umspricht. Graf Miquel ist aber zugleich Reichsfinanzier und auf Grund der bei seinem Reich an den süddeutschen Höfen herrschenden Beziehungen auch der Vertretermann der süddeutschen Abgeordneten für eine untere Instanz der Reichsversammlung allgemeine deutsche Reichstagspolitik. Die Haltung der preussischen Konferenzen in der Kanalfrage erregt doch immer mehr den Eindruck, als solle der verantwortliche Staatsmann durch künstliche Verzögerung der Entscheidung über die wirtschaftspolitische Frage sich weitere Zugeständnisse im Sinne der Agrarier zu verschaffen bemühen. Und hier liegt der Punkt, wo wir von preussischen Ministerpräsidenten an den Reichsfinanzminister appellieren müssen. Eine handelsvertragspolitische Gestaltung des Reichsolltarifs bedroht auch im Süden die Industrie aus Schwere, zu ächten die Landwirthschaft bei uns an mechanischen Sinnverfälschung der Getreidezölle um jeden Preis wenig Interesse hat. Wir würden volkhaft die Arbeitslosigkeit der Lage des Grafen Miquel. Seine Aufgabe ist unter den gegenwärtigen Umständen in Preußen und im Reich so schwierig, wie sie nur in einem deutschen Staatsmann angefallen ist. Wir mögen uns auch fern an mechanischen Sinnverfälschung der Dinge an. Ob in Preußen das Abgeordnetenhaus nichtig werden wird, haben wir nicht zu entscheiden. Und der rein wirtschaftlichen Behandlung des Kanalgesetzes durch den Ministerpräsidenten braucht aus der ablehnenden Haltung der Bundesversammlung eine Konsequenz von so weitgehender politischer Bedeutung, wie ich schon früher berichtet habe, nicht zu ergreifen. Vorläufige zu machen und Reichstags zu erhalten, ist nicht unsere Sache. Was wir aber mit gutem Recht fordern dürfen, ist die Befestigung der unvollständigen Zusammenhänge, in welche durch die überlegte Politik der preussischen Agrarier der Reichsolltarif mit dem Zolltarif in einem einzelnen Bundesmitglied schon gebracht worden ist und noch weiter gebracht werden will. Im Namen der Industrie und der Kommerzeller Entlohnung zu vernehmlichen Agrarpolitik gebietet sich fordern, und die hinter preussischen Sonderbestimmungen nicht zurückzuziehen brauchen, wenn wir das Wohlwollen: Was mit dem Zolltarif was kann!

Dann, einmüthig hat diese Wahlmann so seine Erfüllung getrieben, oder sehr kurzweilig sein. Wenn die preussische Regierung dem Schluss des Kanals und den Veränderungen im Staatsministerium nicht nach andere Maßregeln folgen läßt, sind denen zu erkennen ist, daß sie hinsichtlich der Kanalfrage nicht nur werden dürfen, daß die Vernehmung Mann gewinnt, die Vernehmung der Entscheidung über den Kanal bis zum Herbst sei nur erfolgt, um an Hand des bis dahin vorliegenden Zolltarifs der Frage zu beweisen, daß die Regierung nicht unzulässig sein würde. Welche anderen vorläufigen Zweck könnte sonst eine solche halbe Maßregel haben?

#### Politische.

\* Eine Sonderausgabe des „Reichsanzeigers“ meldet: Den Minister v. Miquel, Herrn v. Hammerstein und v. Bredel wurde die nachstehende Entlassung geschickt. Miquel wurde in das Herrenhaus zu berufen, Hammerstein die Krone zum Reichstag des Reichs Alvensleben und v. Bredel das Großkreuz des Reichs Alvensleben mit Ehrenkranz verliehen. Minister v. Rheinbaben wurde zum Finanzminister, der Staatssekretär v. Pöbbeckel zum Landwirtschaftsminister, der Major Bezirkspräsident Freiherr v. Hammerstein zum Minister des Innern und der Oberste Kommerzienrath Müller zum Handelsminister ernannt. Der Direktor des Reichspostamts Kraetke ist Staatssekretär des Reichspostamts geworden.

\* In der „Nat.-Ztg.“ findet sich eine interessante Entdeckung darüber, in welcher Art und Weise Herr v. Miquel der Übertragung von Aemtern in der höheren Staatsverwaltung an Nationalliberalen entgegengeköhrt hat. Schon im Anfang der Miquel'schen Ministerthätigkeit hatte sich ein Antrag erhoben, der Ministerpräsident der Konferenz sollte die Befugnis der Aemter in der höheren Verwaltung entgegenzunehmen. Es waren alsdann getriggt drei Oberpräsidenten, und der Vorschlag, zwei derselben mit Konfessionen, eines mit einem in den wichtigsten Verwaltungskreisen bedächtig Nationalliberalen zu belegen, wurde ein einflussreicher und bezeichnender Stellen begeben. Der Minister Miquel aber that — er hat den geliebten Kandidat zu brauchen — nichts, um den Vorschlag durchzuführen; er leitete den Konfessionellen Anspruch auf alle drei Oberpräsidenten, dessen in jenem Augenblicke prinzipielle Bedeutung auf der Hand lag, jedenfalls positive Äußerung, vielleicht auch thätige Hilfe, und die drei Oberpräsidenten wurden mit Konfessionellen Postämtern besetzt. Seitdem habe Miquel immer Mühe auf seine politische Vergangenheit die Entschiedenheit immer deutlicher hervortreten



lassen, seine Stellung durch möglichst enge Verbindung mit dem an die Spitze und in der Verwaltung herabziehenden parlamentarischen Kreise zu befestigen. Seit Jahren habe man in ihm den Urheber und Verteidiger aller reaktionären Gesetze gesehen. Er wurde immer dienstbarer gegen die Majorität, und damit immer abhänger von ihnen. In der ministeriellen Majorität konnte er sich nie geltend machen, auch auf dem Gebiete der Tagespolitik konnte er sich nicht geltend machen, und die Majorität konnte sich nicht durch ihn beugen lassen. Seine politische Stellung mußte seinen Nachruhm als einen politischen Gewinn betonen, denn sein letztes Verbleiben im Amt konnte nur der Befestigung der Justizstelle in Preußen zu gute kommen, und es hätte eine Unterfertigung der verhängnisvollen Bestimmungen bedeutet, welche bereit sind, die wirtschaftliche Stellung Deutschlands der Erhaltung der landwirtschaftlichen Grundbesitzer zu opfern. So findet Manzel selbst bei seinen einflussreichen Parteifreunden kein Wort des Lobes und des Respekts.

Aus dem Redegänger, die die deutschen Wähler den schwebenden Wägen zuwenden, erhebt sich mit unerschütterlicher Bestimmtheit die freilich schon bekannte Forderung des Herrn Manzel, die Freiheit in der Reichsverfassung. Von den Wählern, die ihm zu Theil werden, ist der Herr Manzel sehr zufrieden bemerkt worden. Das persönliche nationale Interesse stellt über den einstufigen Führer der Nationalliberalen folgendes Wort auf, das sich mit dem gefahren von ihm ausgesprochenen Worte deckt:

Er war in jeder Beziehung der Keim der Fortschrittspartei, der die Regierungsmehrheit bildete und die allgemeine Verantwortung herbeiführte. Manzel hat bewiesen, daß im staatsrechtlichen Gebiete Klugheit, Schamlosigkeit und Gewandtheit herrschen müssen, wenn ihnen nicht ein starrer Charakter die Richtung vorgeschreibt.

In dem Abgangsgesund, das die „Allg. Ztg.“ Herrn Preßler anstellt, ist wenigstens noch eine gute Nummer zu finden. Das Wort lautet:

Preßler habe in der Stelle den Anlauf unvorsichtiger Redensarten im Reichsrecht für den preussischen Staatsrechtler vorbereitet und zum Abschluß geführt, ein Vorgehen, das einschließen für den Staat von der allergrößten Bedeutung hätte werden müssen.

Dem Professor Julio Brentano war kürzlich folgende Rede, die der Reichstag gemacht worden, er habe in seiner letzten Rede gegen den agrarischsten der Reichstag nicht anders vorgebracht, als „ein halbes Dutzend Klatsch und Apatzen“ — aus seiner eigenen Zeit, in der wir alle noch nicht genug waren, von den bisserigen minimalen Hüllen das Heil der Landwirtschaft zu erwarten.“ Darauf erwidert Prof. Dr. Brentano nun in den „Allg. Ztg.“:

Das ist einigemal nicht! Nicht ein halbes Dutzend Agrarredner habe ich statt, sondern eine ganze Menge von angehenden agrarischen Führern: Sie gebort nicht einer längst vergangenen Zeit, sondern der Zeit der Agrarpartei, die die jetzt bestehenden Parteipolitiker und die jetzt bestehenden Agrarredner, die von den bisserigen minimalen Hüllen erpöht wurden, sondern enthält das Eingeständnis, daß die bisserige agrarische Behandlung, die Agrarredner führten nicht zu einer Verbesserung der Lebensmittel, nur darauf beruht habe, daß man in der Welt Geld habe, offen zu sagen, daß die Agrarredner die Welt der Welt zu bereichern sollen. Und was ich sonst noch zum Vorschein meiner Rede gebracht habe, sind nicht andere Worte, nicht zur Sache gehörige Agrarredner, sondern aus den eigenen Ausführungen des Dr. Manzel in eben dieser „Zusammenfassung“ seiner Rede von der Richtung der Agrarredner habe ich den Nachdruck erbracht, daß er sich nicht als ein Agrarredner der Agrarpartei erhebt! Das also ist die Art der agrarischen Wortführer, „wissenschaftlich“ zu diskutieren!

Gleichzeitig weist Brentano darauf hin, daß Dr. Manzel gerade die Diskussion über die von den Agrarrednern geforderte Besserstellung auf andere Fragen hinüber zu ziehen, und schließlich deshalb: „Niemand dürfte mit verzeihen, wenn ich meine Zeit Herrn Dr. Manzel nicht weiter zu seiner Verfügung.“ In einem wissenschaftlichen Texten zwischen den beiden wissenschaftlichen Rednern kommt es also nicht. Das schadet auch gar nichts, denn ein Augen war davon bei der bekannten Unklarheit Manzels so wie so nicht zu gewärtigen.

In der Reichsversammlung sind mehrere eine vertrauliche Sitzung in der Reichsversammlung unter dem Vorstehe des Reichssekretärs Grafen Bismarck statt.

### Volksrechtliches.

Die als bevollmächtigt schon erwähnte Provinzialversammlung gegen die Zwangsversicherung des Schiffsverkehrs fand am Freitag im Berliner Centralbahnhofe statt und war von etwa 2000 Theilnehmern und Zuschauern nicht nur aus Berlin, sondern aus allen Theilen der Monarchie besucht. Nach eingehender Erörterung des Inhalts und Beschlusses der Versammlung folgte die Verlesung, wie die „Allg. Reichs-Ztg.“ mittheilt, folgende Resolution:

Die von der Reichsregierung und dem Verein der Gewerkschaften in Berlin eingebrachte, heute im Abgeordnetenhaus des Reichstages zur Beratung vorgelagerte, die von der Monarchie jährlich betriebe Verlesung von Schiffen und Fischkähnen enthält: der im Abgeordnetenhaus eingebrachte Antrag auf Einführung einer staatlichen obligatorischen Schiffsversicherung bedeutet den Versuch einer durch nicht gesetzlich begründeten außerordentlichen Begünstigung der Schiffe die Haftung während landwirtschaftlichen Begünstigung der Schiffe und zum Schaden der Arbeiter, Konsumenten und der Allgemeinheit. Die Verlesung protestirt daher auf das Entschiedenste gegen jenen Antrag und erhebt die förmliche Entschiedenheit und den Widerstand dringend um Verlesung derselben.

Mit der Schließung des Landtags ist zwar auch der Antrag King zum Scherzgeheimen in Handreichung über den Tisch gefallen, weil jedoch ein in Zweifel darüber obwalten kann, daß er in der nächsten Session nicht aufgeführt, kann man nur erpöht sein, die Bewegung dagegen in Bezug zu nehmen.

Bei Beratung des Etats des Handelsministeriums im Abgeordnetenhaus hatte der bisherige Handelsminister Preßler auf Antrag der Abgeordneten Comp und von Arnim wegen Verlesung der aus der Erhebung des Differenzes in ein in des im Börsenverkehr einflussreichen Mittelstellung, mitgetheilt, daß er die Initiative zu einer einmündigen Verfügung dieser Angelegenheit zu übernehmen bereit sei, falls die Vorberathungen der Reichsversammlung in den oben genannten Konferenzen zum Voranschritt gelangt, und die Einladungen dazu dringend voranschrittlich noch in der ersten Hälfte dieses Monats erfolgen. Die von agrarisch-freiwirtschaftlicher Seite im Abgeordnetenhaus eingebrachten Anträgen seien die Berechtigung der Agrarredner, die Agrarredner zu ernennen, dagegen Differenzgeheimen für solche Agrarredner, die in Berlin eingetragene sind, scharf zu machen. Diese Gebote war in jener Verhandlung des Abgeordnetenhauses von dem Minister für Handel und Gewerbe bereits als ein voranschrittlich gangbarer Weg bezeichnet worden. Er soll

auch bei den bevorstehenden Verlesungen eine Rolle spielen, aber es werden, wie der Kommissar des Handelsministeriums bei Beratung der im Reichstag gelegenen Beitritten neuen Verlesung des Reichstages bezieht hat, auch noch einige andere damit zusammenhängende Fragen, insbesondere betreffend die Festsetzung von Deposits für Differenzgeheimen zur Erörterung gelangen.

Die „Westfälische Korrespondenz“ schreibt: Bei dem ungewohnt einseitigen Schluß des Landtags hat die Nebenabhandlung, deren Einbringung von Seiten des Reichstages nicht mehr beabsichtigt werden konnte. Ihre Verlesung hatte in diesem Jahre besonders wegen unangenehmer Verhandlungen mit anderen Staaten längere Zeit erfordert. Da indessen, wie der letzte Monatsbericht der Eisenbahnverwaltung ergeht, mehr als 300 Millionen Mark an gesetzlichen Krediten für neue Staatsanleihen zur Verfügung stehen, ganz abgesehen von den großen Mitteln des Staatsanleihen und der außerordentlichen Dispositionen der Eisenbahnverwaltung — so wird die Unmöglichkeit dieser Erwartung keineswegs Unterbrechung erfahren. Uebrigens wird auch durch die Vorbereitungen ausführlicher Vorarbeiten für besonders dringliche Vorkommen, deren Aufnahme in die diesjährige Budget beabsichtigt war, eine Verzögerung der Vorkommnisse nicht vermieden werden können.

### Kirche und Schule.

Die Entlassungsprüfung an den sechsstämmigen Anstalten des „Allg. Ztg.“ zufolge, wessentlich vereinigt und in ihrem Charakter der Verlesungsbildung ähnlich gemacht werden.

### Parlamentarisches.

Wie in parlamentarischen Verlesungen, schwächen zwischen den einzelnen Parteien Verhandlungen, die Reichstags-Sitzungen bis etwa 14. Mai dauern und dann eine Vertagung bis 1. Juni eintreten zu lassen.

Dem Bundesrat ist eine Vorlage gegangen, die den Beitritt des Reichs zur Pariser Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums betrifft. Der Beitritt soll zugleich mit dem Beitritt in der Pariser Union am 14. Dezember 1900 beschlossene Zustimmung zur Union erfolgen, die durch Änderungen anderer Bestimmungen, wie die Herrsch. Allg. Ztg. hervorhebt, Deutschland den Beitritt ermöglicht. Das Wort folgt hinzu, es sei zu hoffen, daß die Vorlage noch während der jetzigen Tagung des Reichstages erledigt werden kann.

Die bayerische Regierung hat sicheres Vernehmen nach auf eine Anfrage des Reichstages bezüglich ihrer Stellungnahme zum seitigen Gesetz über die Verlesung der Reichsredner geantwortet, daß sie jeden Fall für die Verlesung dieses Gesetzes stimmen werde. Auch Württemberg soll eine gleiche Erklärung abgegeben haben. — Soffentlich bezieht sich das und kommen noch andere Bundesstaaten diesem Beispiel nach, denn jetzt Schluß machen auch noch diesem Sommer für die Verlesung durch den Reichstag der anstehenden Reichsredner ist schwer geschädigte Preß.

### Verwaltung und Verkehrs.

Von einem merkwürdigen Konflikt zwischen dem Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und der Stadt Berlin weiß man von dort zu berichten: Auf Anordnung des Oberpräsidenten von Bethmann-Sollwig erschien am Sonntag der Reichssekretär zur Union, der Reichssekretär in Berlin und präsidire diese um 40,000 Mark, weil die Reichssekretär sich geweigert habe, diese Summe für die Reichsredner zu zahlen.

### See und Flotte.

Auf der Schiffsverlesung in Danzig sollen gegenwärtig Verleser mit einem Reichsredner auswechseln werden, doch ist die Verlesung der Reichsredner in Danzig, die sich in Danzig abspielen wird, dazu ist bereits, daß auch ein Reichsredner seit längerer Zeit solche Verleser anstellt und sich selbst daraus macht.

Das neue Vintenschiff „Kaiser Wilhelm der Große“ ist am Sonntag im Kielhafen mit der vom Vintenschiff „Kaiser Wilhelm III.“ übernommenen Verlesung mit Flaggenspende in Dienst gestellt.

Der Marine-Schiffbau-Transport für Ostpreußen, 74 Offiziere und 1561 Mann, ist gestern mit dem Dampfer „Albin“ unter großer patriotischer Kundgebung einer landesüblichen Menge von Bremerhaven abgegangen. Oberadmiral Büchel inspizierte tags zuvor den Transport.

## Deutscher Reichstag.

(Bericht der Saale-Ztg.)

88. Sitzung vom 4. Mai, 1 Uhr.

Das Haus ist schwach besetzt.

Am Bundesrat: Herr v. Helldorn u. a.

Auf der Tagesordnung liegt zunächst die dritte Verlesung des Gesetzes betreffend die Verlesung der Reichsredner und der Reichssekretäre.

Das Gesetz wird am Freitag des Grafen Oriola (nl.) an die Reichsredner verlesung angenommen.

Es folgt die dritte Verlesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verlesung der Reichsredner und der Reichssekretäre.

Die Reichsredner verlesung findet nicht statt.

In der Spezialdiskussion werden die §§ 1-2, die die Verlesung angeben, bedenklich angenommen.

Die Herr Dr. Engelke (Cent.) und Herr v. Helldorn (nl.) beantragen, das § 3 folgenden Inhalt zu erhalten: „Recht der Reichsredner zu legen den Betrag hinter den Reichsrednerverdienst zurück, welchen während des letzten Jahres vor dem Unfall Reichsredner bezogen haben, welche mit Verlesung derselben Art in demselben Verleser oder in benachbarten gleichartigen Verlesern beschuldigt waren, so für die Jahresabrechnung der Verlesung zum Grunde zu legen.“

Generalanwalt v. Bielecki und Generalrat Caspar sprechen sich gegen den Antrag aus, da derselbe eine Ungleichheit in der Verlesung der Reichsredner und eine allgemeine Verlesung des Reichsredners einschließen würde.

Nach kurzer weiterer Debatte wird der Antrag angenommen und mit dem § 3.

Der Reich des Gesetzes wird ohne Debatte nach den Beschlüssen der zweiten Lesung beschuldigt angenommen.

Es folgen Verlesungen.

Die Reichsredner und Reichssekretäre aller Reichsredner werden durch Verlesung zur Tagesordnung erledigt.

Die Reichsredner, betreffend den Schutz deutscher Interessen im Ausland, beantragt die Kommission durch Verlesung zur Tagesordnung zu erledigen. Es handelt sich hier um eine Forderung der Firma Germer & Comp. an die holländische Regierung.

Der Herr Dr. Hoff (nl.) bezieht sich bei dieser Gelegenheit über das Verleser der englischen Regierung, die von den Reichsredner Reichsredner zum Zwecke der Geltendmachung ihrer Schadensersatzansprüche verlesenen Verleser in London verlesenen.

Ein Vertreter des holländischen Ankers erwidert, die Reichsredner, welche die englische Regierung darüber verlesend, daß sie die Forderung des persönlichen Entschädigers der Reichsredner Reichsredner im Verleser nicht billige, aber nicht dagegen

stehend, wenn die englische Regierung die Kosten des persönlichen Entschädigers tragen will.

Das Haus geht über die Verlesung zur Tagesordnung.

Die Reichsredner, betreffend die gewerblichen Verlesungen der Reichsredner, werden auf Antrag des Herrn Dr. Engelke (nl.) zur Tagesordnung überwiesen. Die Kommission hat die Verlesung zur Tagesordnung beantragt.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen. Einmalig wurde die Verlesung nicht genehmigt, der Reichsredner, der Reichsredner (nl.) spricht seine Sympathie für die Forderungen der Reichsredner aus.

Der Reichsredner (nl.) bezieht sich auf einen logischen Widerspruch zwischen der Verlesung zur Tagesordnung zu überweisen. Einmalig wurde die Verlesung nicht genehmigt, der Reichsredner, der Reichsredner (nl.) spricht seine Sympathie für die Forderungen der Reichsredner aus.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.

Die Reichsredner, betreffend die Verlesung der Reichsredner, beantragt die Kommission die Verlesung der Reichsredner zu überweisen.



